

Verkehrsplan eine Runde ausgesetzt

Verlagerung nach rot-grünem Zwi-
st

VON MICHAEL BRANDT

Bremen. SPD und Grüne haben gestern – wenn auch etwas verhalten – den Richtungsstreif um die Frage aufgenommen, welche Eckpfeiler die künftige Verkehrspolitik in Bremen bestimmen. Umwelt- und Verkehrsminister Joachim Lohse (Grüne) wollte mit einem Beschluss in der Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr den Start-Beschluss fassen, um einen Verkehrsentwicklungsplan aufzustellen. Das Papier soll die Grundzüge bis 2025 beinhalten. Der Beauftragte schob aber am er-klärten Widerstand des Koalitionspartners SPD. Auch die CDU signalisierte Bedenken. Jetzt soll nach dem Jahreswechsel ein neues Papier vorgelegt werden.

Einer der Streitpunkte in der Koalition ist die Frage, ob der Verkehrsminister allein zuständig sein soll. Oder ob das Wirtschaftsressort von Martin Günthner (SPD) mit am Tisch zu sitzen hat. Umweltminister Joachim Lohse machte gestern seine Haltung deutlich. Dieser Punkt im Koalitionsvertrag sei ein „Arbeitsauftrag an das Ressort. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr ist eindeutig zuständig.“

Lohse hatte einen dreiseitigen Beschlussvorschlag zur Abstimmung gegeben, in dem der Prozess skizziert wird, wie der Verkehrsentwicklungsplan mit breiter Beteiligung ausgearbeitet werden soll. Der Verkehrsminister: „Ich bin schon zu Beginn meiner Amtszeit angesprochen worden, mich das Thema anzunehmen. Gerade Verkehrsfragen sind in der vergangenen Legislaturperiode in Bremen sehr kontrovers diskutiert worden.“

Der SPD war der knappe Auftakt-Beschluss für die Planungsphase zu wenig konkret. Und sie will ein stärkeres Gewicht auf Wirtschaftsverkehr legen. Jürgen Pöhlmann: „Wir sehen Nachbesserungsbedarf.“ Dass die SPD den Beschlussvorschlag aus dem grünen Ressort zunächst nicht mitträgt, gilt als ungewöhnlich. Im Normalfall wird im Vorfeld Einverständnisse zwischen den Ressortverantwortlichen hergestellt. Der Konflikt schwelt aber, wie berichtet, bereits seit Mitte November. Pöhlmann inhaltlich: „Wir haben eine Zunahme des Güterverkehrs zu erwarten.“ Deshalb müssten Wirtschaftsverkehr im Auftakt-Beschluss ebenso auftauchen wie das Wort „Bremerhaven“.

Auch die CDU übt Kritik an Lohses Einstieg in das Thema. Heiko Strohmann: „Meine Sorge ist, dass dies ein Wohlfühl-Papier wird und wir am Ende wieder über Lastenräder und Fahrrad-Schnellstraßen reden. Das geht an den tatsächlichen Problemen Bremens vorbei.“ Lohse trat der Einschätzung entgegen, dass es bei der Beteiligung eine einseitige Ausrichtung gebe. Die Handelskammer werde ebenso in den Prozess eingebunden wie die Betriebe des Güterverkehrszentrums und die Fahrradvereine.

Das Ressort rechnet vor, dass rund 60 Prozent der Wege in Bremen mit dem Auto zurückgelegt wurden, 25 Prozent mit dem Fahrrad, 21 Prozent zu Fuß und 14 Prozent mit Bussen und Bahnen. Im Vergleich zu anderen Großstädten zeige sich aber, dass der ÖPNV-Anteil relativ niedrig sei. Und es gibt eine klare Ausrichtung vor: „Der Anteil des ÖPNV, des Fuß- und des Radverkehrs ist durch geeignete Maßnahmen zu stärken.“ Eine Nachfrage des Bürgerschaftsbeauftragten Frank Imhof (CDU) ergab aber, dass dieses Bild schief ist. Verkehrsplaner Gunnar Polzin bestätigte. Bei der Erhebung seien zwar die Auspendler aus der Stadt gezählt worden, nicht aber die Zahl derjenigen, die mit dem Auto täglich zur Arbeit in die Stadt kommen.